

Hörmal | 25.01.2015 07:45 Uhr | Hannes Leitlein

Helfen, nur wenn Gefahr für Weiße besteht

Ebola kommt immer näher. Erst war es weit weg. Irgendwo in Afrika. Das Virus hatte mit Deutschland nichts zu tun. Bis eine Pflegerin in einem Krankenhaus in Spanien gestorben ist, die zuvor einen Missionar behandelte. Mit ihrem Tod war klar: Ebola könnte auch über Westafrika hinaus gefährlich werden. Für Europa. Für Deutschland. Für uns.

Der Westen hilft, um sich das Virus vom Hals zu halten. Viren lassen sich nicht abschieben. Ebola ist nicht durch Grenzzäune, Passkontrollen oder die Residenzpflicht aufzuhalten. Ebola ist auch eine Gefahr für Weiße. Die reichen Länder der Welt greifen ein, seit sie realisiert haben, dass die Seuche auch eine Bedrohung für sie selbst werden könnte.

Selbstverständlich kann der Einsatz der vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer nicht genug gelobt werden. Hunderte haben das Risiko einer Infektion auf sich genommen um die Ausbreitung des Virus zu stoppen. Doch die zögerliche Hilfe der Verantwortlichen in den Industrienationen erinnert an die Abschottungspolitik Europas bei Asylfragen: Es wird alles dafür getan, dass die Menschen mit ihrer Armut und mit ihren Viren bleiben, wo sie sind. Die zynische Nachricht des Westens lautet: "Hunger und Ebola sind ein afrikanisches Problem. Sie sind ein Problem der Schwarzen. Und das soll auch so bleiben!"

Für die Menschen in Liberia und Sierra Leone kam die Aufmerksamkeit zu spät. Über 6000 sind gestorben und noch immer infizieren sich täglich Hunderte. Die reichen Länder der nördlichen Hemisphäre haben zu spät reagiert. Sie haben die Menschen in Westafrika mit der Epidemie allein gelassen und ihre Hilferufe zu lange ignoriert.

Für die Menschen des globalen Nordens kam die Hilfe vielleicht gerade noch rechtzeitig. Die Möglichkeit einer weltweiten Epidemie ist nicht gebannt. Die Wahrscheinlichkeit aber ist gesunken, seit die Industrienationen mit ihren Hilfsmissionen ausschwärmen. Jetzt schon stehen sie als edle Retter da, ohne die die kolonial-, kriegs- und krisengebeutelten Staaten Westafrikas diese Seuche nicht überstanden hätten.

Kaum ist die Ebola-Krise ins Bewusstsein der westlichen Verantwortlichen gerückt, wartet im Südsudan schon die nächste Krise auf. UNICEF meldet: "50 000 Kinder vom Hungertod bedroht!" Im Südsudan kämpfen verfeindete Milizen. Die Menschen konnten nicht auf ihre Felder um Tomaten oder Mais anzubauen. Bereits jetzt leiden 235 000 Mädchen und Jungen dort an Mangelernährung.

Ebola ist auf dem Weg der Besserung. Die Epidemie kann gestoppt werden. Doch neue Krisen warten nicht, bis die alten bewältigt sind. Sie sind keine Patienten, die geduldig vor sich hin röcheln, bis eine Stimme sagt: Die Nächste, bitte. Auch die bevorstehende Hungerkatastrophe in Südsudan kann nur verhindert werden, wenn sie jetzt in Angriff genommen wird.

Politikerinnen und Politiker sprechen gerne davon, dass den Menschen in ihren Heimatländern geholfen werden muss. Sie sollen sich erst gar nicht auf den Weg nach Europa machen. Die Politik könnte beweisen, dass sie mehr will, als hohle Phrasen zu dreschen. Die reichen Länder der Welt könnten jetzt beweisen, dass sie die Probleme der Armen nicht erst interessieren, wenn sie auch weißen Menschen gefährlich werden könnten.